



Ausgabe Nr. 99 · Februar 2012

Baden im Neckar

„Im Fluss vor der Haustür schwimmen können, wäre das nicht herrlich“, sagt Stadträtin Beate Bulle-Schmid. So sei in Heidelberg inzwischen das Baden im Neckar zwar nicht ausdrücklich erlaubt, aber absolut üblich geworden, zumal ein ausdrückliches Badeverbot dort nicht bestehe.

Eine Nachfrage in Heidelberg hat sogar ergeben, dass das Baden im Neckar bei der Bevölkerung immer beliebter wird. Auch in anderen Städten ist das Baden im Fluss inzwischen durchaus möglich, wie etwa in Basel am Rhein.



Stadträtin
Beate Bulle-Schmid

Viele Stuttgarter wünschen sich ebenfalls, an heißen Sommertagen ein kurzes Erfrischungsbad in ihrem Fluss nehmen zu können. Dies soll und kann das Schwimmen in den Freibädern selbstverständlich nicht ersetzen. Was aber beim Cannstatter Fischerstechen oder Drachenbootrennen durchaus denkbar ist, nämlich ein kurzes, wenngleich unfreiwilliges Bad im Neckar, sollte auch freiwillig möglich sein. Es wäre erstrebenswert, seitens der Stadt diesem Wunsch der Bevölkerung zu entsprechen und eine Möglichkeit zum Baden im Neckar zu schaffen.

Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion bei der Stadtverwaltung angefragt, ob das Baden im Neckar grundsätzlich möglich ist. Das beinhaltet zunächst die Frage nach der Wasserqualität des Neckars in Stuttgart. Ist sie mit der in Heidelberg vergleichbar? Darüber hinaus müsste etwa in den renaturierten Bereichen in Stuttgart ein einfacher Zugang zum Wasser ermöglicht werden – vielleicht sind aber auch andere Stellen dazu geeignet. Unter Sicherheitsgesichtspunkten wäre es eventuell auch angebracht, abgetrennte Bereiche fürs Baden im Neckar, jenseits der Schifffahrtslinie, zu schaffen. Stadträtin Beate Bulle-Schmid ergänzend: Ebenso vorstellen können wir uns, dass die Neckarinsel der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, was dem Konzept von der Stadt am Fluss sehr zuträglich wäre.“

KURZ INFORMIERT

„Stets auf dem Spielfeld“

Haushaltsberatungen für CDU erfolgreich

„Wir waren als Spieler stets auf dem Spielfeld und nie an der Seitenlinie“, so kommentiert Fraktionsvorsitzender Alexander Kotz im Rückblick die Beratungen zum Doppelhaushalt 2012/2013 der Landeshauptstadt Stuttgart. Denn die CDU-Fraktion habe ihre haushaltspolitischen Ziele im Wesentlichen erreicht. Dabei habe sich die Fraktion an den Leitsatz gehalten: So wenig neue Schulden wie möglich, so viele neue Maßnahmen wie nötig.

Die drei großen Brocken in diesem Haushalt sind die Bereiche **Schulhaussanierungen, Ausbau der Kindertagesstätten und Ganztagesbetreuung**. 630 Mio. € werden in die Bildung investiert – in die Schulsanierungen, in die Schaffung von zehn Schulhäusern und in den Ausbau von Schülerhäusern. 555 Mio. € stehen für den Ausbau der Kindertagesbetreuung bereit.



Zusätzliche Mittel hat die CDU für neue Investitionen für Schulen beantragt, die in einem Wert von rund 20 Mio. € für den Doppelhaushalt beschlossen wurden – darunter der Ersatz und Erweiterungsbau der Schule für Körperbehinderte, die Erweiterung des Speisebereichs und der Mensa des Wilhelm-Gymnasiums, der Neubau der Turn- und Versammlungshalle Römerkastell der Steigschule und der Neubau der Großturnhalle und der Abriss der alten Turnhalle des Friedrich-Eugens-Gymnasiums.

Sehr zu begrüßen ist auch, dass die Gemeinderatsfraktionen dem Vorschlag der CDU-Fraktion gefolgt sind, der bei den **Kindertageseinrichtungen** eine verbesserte **Förderung** vorsieht. Danach soll die Verwaltungs- und Sachkostenspauschale für die Freien Träger um 1.000,- € pro Gruppe erhöht werden. Dies geschieht über den einzig möglichen Weg, wonach die Kita-Gebühren und Krippenzuschläge moderat erhöht werden, wobei die zusätzlichen Mittel zu 100% bei den Freien Trägern verbleiben. Und wie von den Kirchen gewünscht, erhalten ab 1. Januar 2012 alle neuen kirchlichen Einrichtungen eine 90%ige Förderung, wie sie auch die sonstigen Träger erhalten.

Fortsetzung auf nächster Seite

Herausforderungen annehmen

Aus einer bestechenden Analyse globaler Zusammenhänge leitet **Bundestagspräsident Norbert Lammert** in seiner Rede auf dem **Neujahrsempfang** von CDU-Gemeinderatsfraktion und -Kreisverband klare Folgerungen ab.



Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert mit CDU-Kreisvorsitzendem Dr. Stefan Kaufmann MdB (li.) und mit CDU-Fraktionsvorsitzendem Alexander Kotz

Zum einen ist da die im vergangenen Jahr eingeleitete Energiewende in Deutschland, die aus der Naturkatastrophe in Japan mit der Folge der Kernschmelze in Fukushima resultiert. Bemerkenswert ist für den zweiten Mann im Staat, dass kein anderes Land so weitgehende Entscheidungen für eine Energiewende getroffen hat, wie es Deutschland getan hat. Wenn Deutschland die Energieversorgung ohne Atomenergie schaffen sollte, so erklärt der Redner den 750 Zuhörern, „würden wir uns an die Spitze der Industrienationen katapultieren.“

Neue Herausforderungen erkennt der hochrangige Politiker in den Turbulenzen auf den Finanzmärkten. Dabei stellt er fest, dass zu wenig Regeln im System sind. Viele Menschen in Deutschland würden sich inzwischen fragen, warum sie für die Lösung von Problemen anderer herangezogen werden. Sie würden gleichermaßen die Wahrnehmung eigener nationaler Interessen vermissen. Bundestagspräsident Lammert hält diese Haltung zwar für legitim, sie würde allerdings nicht der Realität gerecht. Denn der Binnenmarkt mit einer gemeinsamen Währung erzeuge ein höheres Sozialprodukt als mit eigener Währung. Und Deutschland ist belegbar der Hauptnutznießer, weshalb es wie kein anderes Land Interesse an der Aufrechterhaltung der gemeinsamen Währung haben muss.

„Zukunft ist das, was wir daraus machen“, resümiert der Bundestagspräsident und jeder müsse seinen Teil an Zukunftsbewältigung leisten.

Fortsetzung von vorhergehender Seite

Ebenso wurden für alle anderen Bereiche Mittelbereitstellungen in erheblichem Umfang beschlossen. Beispiele hierfür sind etwa die von der CDU-Fraktion beantragten und vom Gemeinderat beschlossenen Sanierungsmittel für die **Jugendhäuser** Zuffenhausen und Vaihingen.

Aber auch für die **Feuerwehr** sind Mittelbereitstellungen – wie von der CDU beantragt – in großem Volumen beschlossen worden. Dazu gehört der Neubau des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr in Stammheim mit einer Investition in Höhe von ca. 3,4 Mio. €, genauso wie Planungsmittel in Höhe von 50.000,- € für die vorgesehene Aufstockung des Feuerwehrhauses in Münster. Auch der Neubau für die Feuer- und Rettungswache 5 wurde mit der Bereitstellung der erforderlichen Planungsmittel in Höhe von 1,4 Mio. € auf den Weg gebracht. Darüber hinaus wurde in der Feuerwehrverwaltung eine zusätzliche Personalstelle beschlossen – ebenso eine Stelle in der integrierten Leitstelle. Und nicht zuletzt wurde das große Engagement der Freiwilligen Feuerwehr im Bereich Brandschutzerziehung in Kindertageseinrichtungen mit einem zusätzlichen Zuschuss gewürdigt.

Beispiele für die Zielerreichung der CDU im Bereich **Sport** sind etwa die beschlossenen Sanierungsprogramme für die Tennisplätze der SportVG Feuerbach, der TSVgg Münster, des TSV Rohr und des VfB Obertürkheim.

Auch auf den weiteren kommunalpolitischen Feldern (Kultur, Städtebauvorhaben, Umwelt, Mobilität, Soziales u.s.w.) ist dieser Haushalt alles andere als ein Sparhaushalt. Um die beschlossenen Maßnahmen zu finanzieren, ist für die kommenden zwei Jahre eine Kreditaufnahme von 288 Mio. € erforderlich.

Es gibt weitere wichtige Projekte, die in diesem Haushalt aus finanziellen Gründen nicht berücksichtigt werden konnten. Doch es darf nun mal die Finanzkraft der Stadt nicht überstrapaziert werden – „wir bauen darauf, dass das, was dieses Mal nicht in den Haushalt aufgenommen werden konnte, im nächsten Haushalt finanzierbar ist“.

Neue Anträge der CDU-Fraktion

- **Unser neues Olgäle hat eine „Schattenseite“**
03.02.12 Nr. 28/2012
- **Neue Konzepte für neue Stadtviertel**
24.01.12 Nr. 15/2012
- **Pförtnerampel Kleiner Ostring – eine unendliche Geschichte**
23.01.12 Nr. 14/2012
- **Landschaftspark Neckar**
20.01.12 Nr. 10/2012
- **Stadt am Fluss – Baden im Neckar**
20.01.12 Nr. 9/2012
- **Haushalt 2012/2013**
Verbesserte Förderung für Kindertageseinrichtungen
gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Freie Wähler, SPD
15.12.11 Nr. 874/2011